

Die strategische Umweltprüfung: Entwicklung in Deutschland (Schwerpunkt: Raumordnungsplanung des Landes Sachsen-Anhalt)

Referat auf der Tagung „SUP-Richtlinie –
Herausforderung und Chancen“
des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt
(Halle an der Saale, 27. September 2007)

Übersicht

1. Die Richtlinie 2001/42/EG
2. Vorteile und Anforderungen der strategischen Umweltprüfung
3. Umsetzung der Richtlinie in Deutschland (Überblick)
4. Umsetzung der Richtlinie in Sachsen-Anhalt (Überblick)
5. Umweltprüfung von Raumordnungsplänen in Sachsen-Anhalt: rechtliche Vorgaben und Praxis
6. Fazit

Die Richtlinie 2001/42/EG

Einführung der Umweltprüfung für Pläne und Programme („strategische Umweltprüfung“) in den Staaten der Gemeinschaft:

- **Anwendungsbereich** der strategischen Umweltprüfung
- **Prüfverfahren**
- **Inhalt** der Prüfung (insbesondere: Umweltbericht)
- **Berücksichtigung der Prüfergebnisse** bei der Entscheidung über den Plan oder das Programm
- **Monitoring**

Strategische Umweltprüfung: Vorteile

- **Frühzeitige, medienübergreifende und systematische** Prognose und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen im Planungsprozess
- **Einbeziehung von Aspekten**, die auf den folgenden Ebenen des Planungs- und Zulassungsprozesses nicht mehr angemessen berücksichtigt werden können (u.a. bessere **Alternativenprüfung**)
- Bessere **Transparenz** des Planungsprozesses
- **Beteiligung der Öffentlichkeit**
- **Monitoring** (auch als bessere Informationsgrundlage für spätere Planungen)

Strategische Umweltprüfung: Anforderungen

- **Kein zusätzlicher inhaltlicher Aufwand: Keine Erweiterung der Planungsaufgaben**
(angemessene Berücksichtigung der Umweltfolgen im Planungsprozess auch bisher schon vorgeschrieben)
- **Zusätzlicher Aufwand im Verfahren:**
 - Scoping
 - Umweltbericht
 - Öffentlichkeitsbeteiligung
 - Zusammenfassende Erklärung über die Berücksichtigung der Umweltfolgen
 - Monitoring

Strategische Umweltprüfung: Praxisprobleme

- Methodik der Prognose und Bewertung der Umweltfolgen, vor allem
 - Reichweite der Prüfung (gesamter Inhalt des Plans, nicht nur bestimmte Festlegungen)
 - kumulative Auswirkungen
 - Auswirkungen auf die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern
- Teilweise: Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung
- Monitoring

Umsetzung der Richtlinie in Deutschland

Bundesebene:

- Anwendungsbereich der strategischen Umweltprüfung: §§ 14b, 14c UVPG
- Grundsätzliche Vorschriften über Verfahren und Inhalt der strategischen Umweltprüfung im UVP-Gesetz, aber
- spezielle Verfahrensvorschriften haben Vorrang, wenn sie dem Standard der §§ 14f – 14n UVPG entsprechen: BauGB, Raumordnungsrecht, Verkehrswegeplanung







Umsetzung der Richtlinie in Deutschland

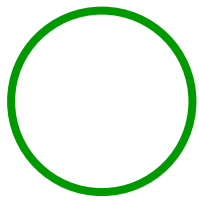
Landesebene:

- Pläne in den Bereichen **Raumordnung, Wasserrecht und Naturschutzrecht**: Die Länder können spezielle Vorschriften erlassen
- Pläne, für die **ausschließlich die Länder** die **Gesetzgebungskompetenz** besitzen: Regelung im Landesrecht (Landes-UVPG, Fachgesetze) erforderlich

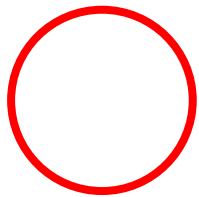


Umsetzung der Richtlinie in Deutschland

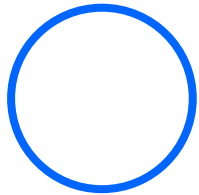
- **Grundsätze:**  UVPG; Landesgesetze über die UVP
- **Gesamtplanung:**
 - Bauleitplanung  Baugesetzbuch
 - Raumordnung  Raumordnungsgesetz und Landesplanungsgesetze
- **Fachplanung:**  UVPG, Landesgesetze über die UVP, Fachgesetze



Umsetzung abgeschlossen



Umsetzung bisher nur im Landesplanungs-gesetz



Umsetzung bisher allein im Fachplanungsrecht (teilweise nur in einzelnen Gesetzen) und ggf. im LUVPG

Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG auf Landesebene



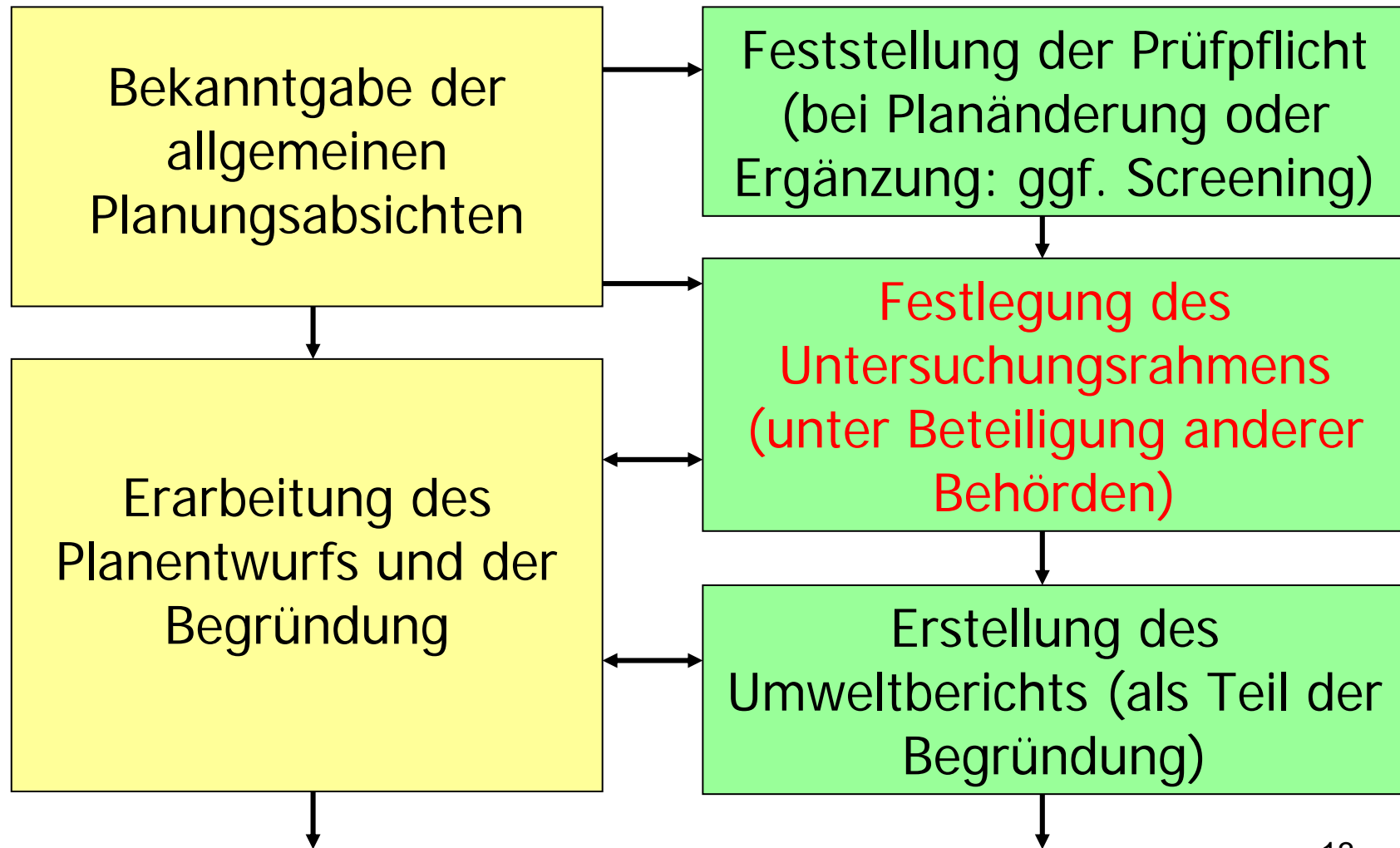
Umsetzung der Richtlinie in Sachsen-Anhalt

- **Landesplanungsgesetz:**
 - Pflicht zur Umweltprüfung der Raumordnungspläne,
 - Verfahren und Inhalt der Prüfung, Umweltbericht,
 - Berücksichtigung der Ergebnisse bei der Entscheidung,
 - Abschichtung,
 - Monitoring
- Voraussichtlich: **UVP-Gesetz LSA:**
 - Pflicht zur Umweltprüfung weiterer Pläne und Programme,
 - Verfahren und Inhalt der Prüfung, Umweltbericht,
 - Berücksichtigung der Ergebnisse bei der Entscheidung,
 - ggf. Abschichtung
 - Monitoring

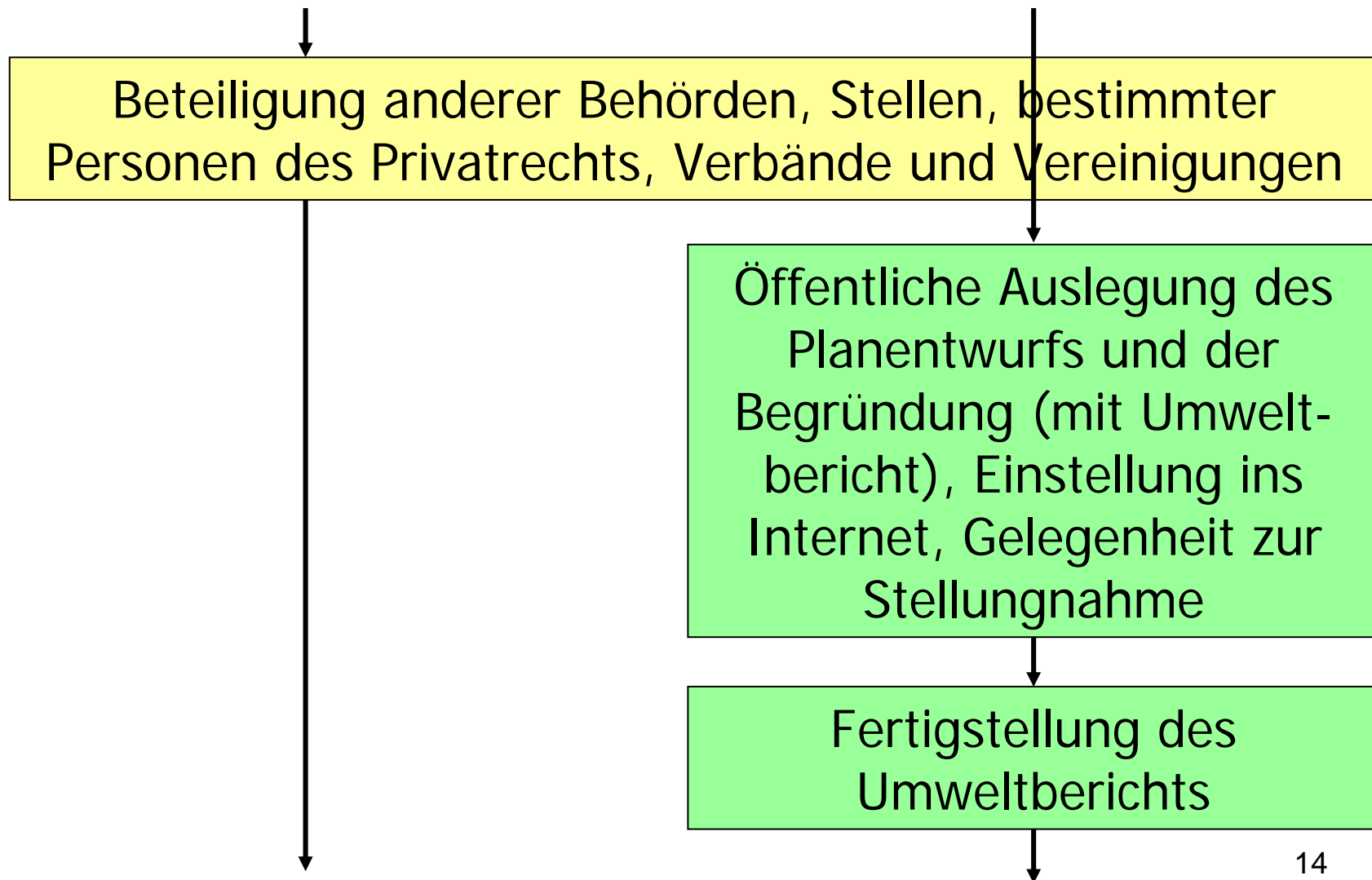
Umweltprüfung von Raumordnungsplänen in Sachsen-Anhalt

- Grundsatz: Prüfpflicht für alle Raumordnungspläne:
 - Landesentwicklungsplan
 - regionale Entwicklungspläne und Teilgebietsentwicklungsplänebei Neuaufstellung, Fortschreibung, Änderung, Ergänzung
- Ausnahme: geringfügige Änderungen oder Ergänzungen, die voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen haben können:
 - ➔ Vorprüfung des Einzelfalls (Screening)

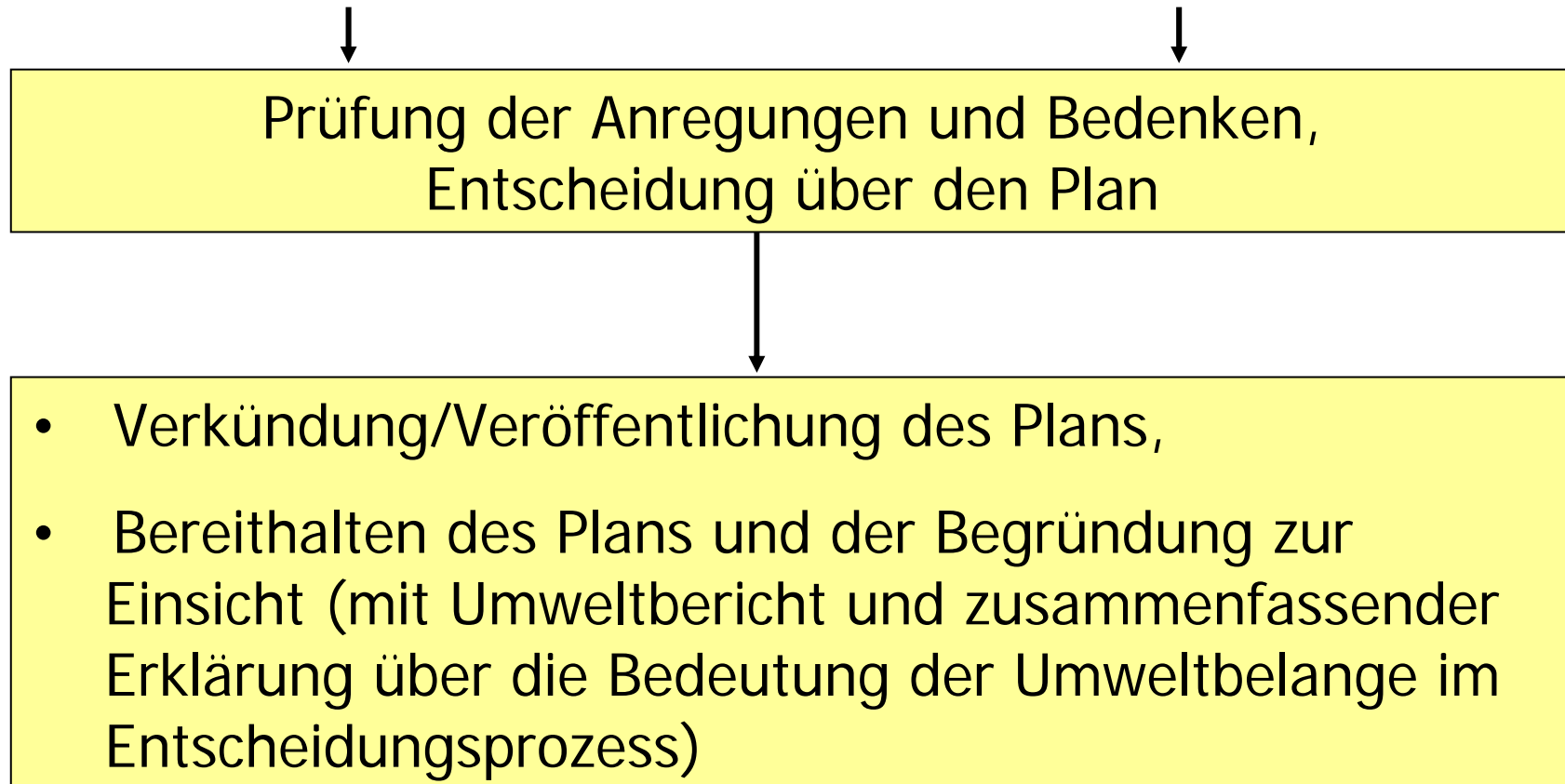
Prüfverfahren (Raumordnung Sachsen-Anhalt)



Prüfverfahren (Raumordnung Sachsen-Anhalt)



Prüfverfahren (Raumordnung Sachsen-Anhalt)



Umweltbericht

- § 3a Abs. 2 Satz 2 LPIG LSA:

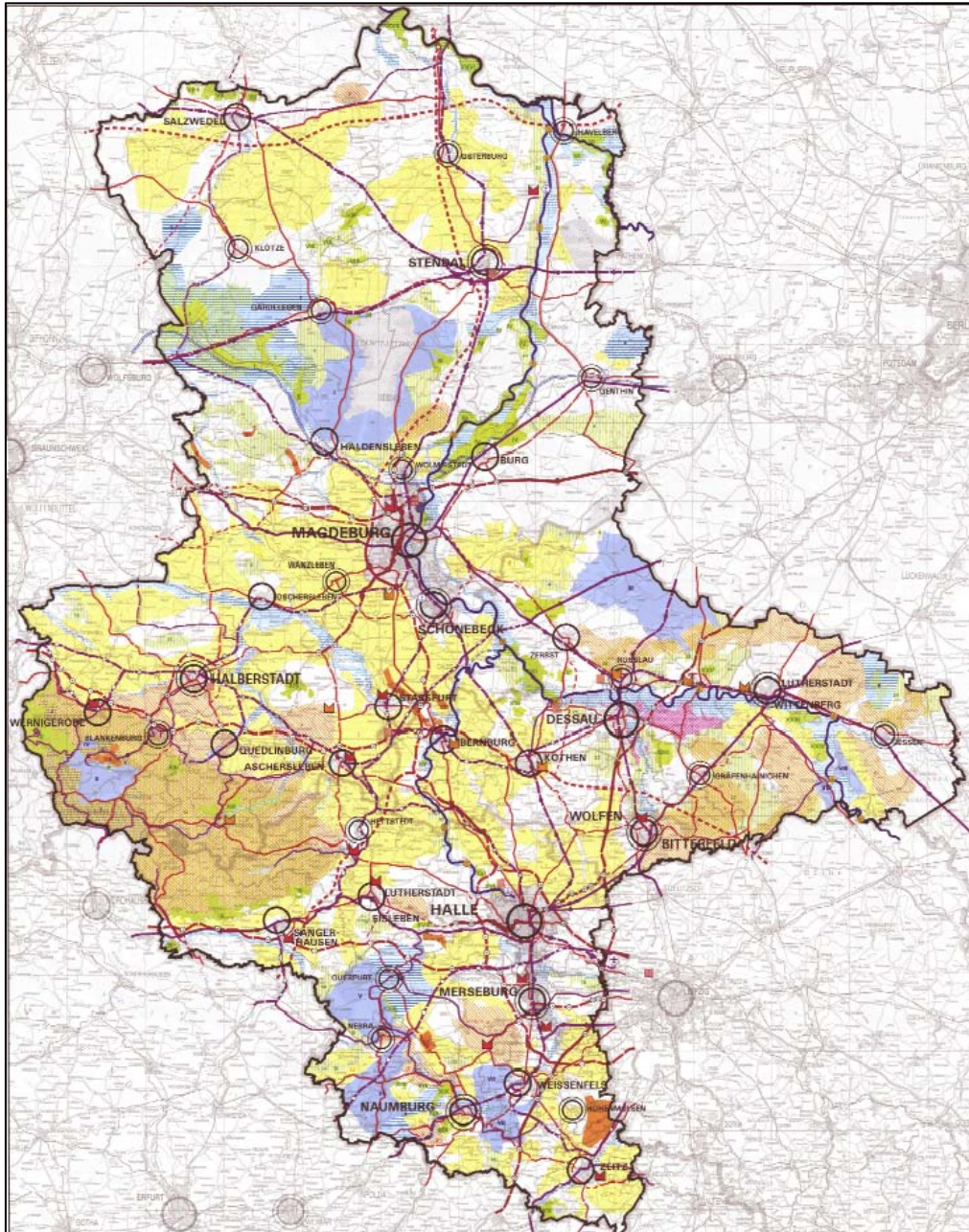
„Im Einzelnen umfasst der Umweltbericht **die in Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG genannten Angaben**, soweit sie unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind.“

Umweltbericht: Inhalt (Anhang I der Richtlinie)

- Inhalt und wichtigste Ziele des Plans
 - Umweltzustand und Entwicklung ohne Plan
 - Ziele des Umweltschutzes
 - Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen
 - Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen
- Alternativenauswahl
 - Beschreibung der Umweltprüfung (u.a. Schwierigkeiten bei der Durchführung)
 - Überwachungsmaßnahmen
 - Nichttechnische Zusammenfassung

Monitoring

- § 19 Abs. 1 LPIG ST:
„(1) Die Landesplanungsbehörden und die Regionalen Planungsgemeinschaften erfassen und bewerten fortlaufend die für das Land Sachsen-Anhalt raumbedeutsamen Tatbestände und Entwicklungen. Die **Raumbeobachtung** umfasst auch die Überwachung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt bei der Umsetzung des Raumordnungsplans.“
- Zusätzlich: Nutzung des **Raumordnungskatasters**



Landes- entwicklungsplan Sachsen-Anhalt

Zuständig:
Oberste Landes-
planungsbehörde
(Ministerium für
Landesentwick-
lung und Verkehr)

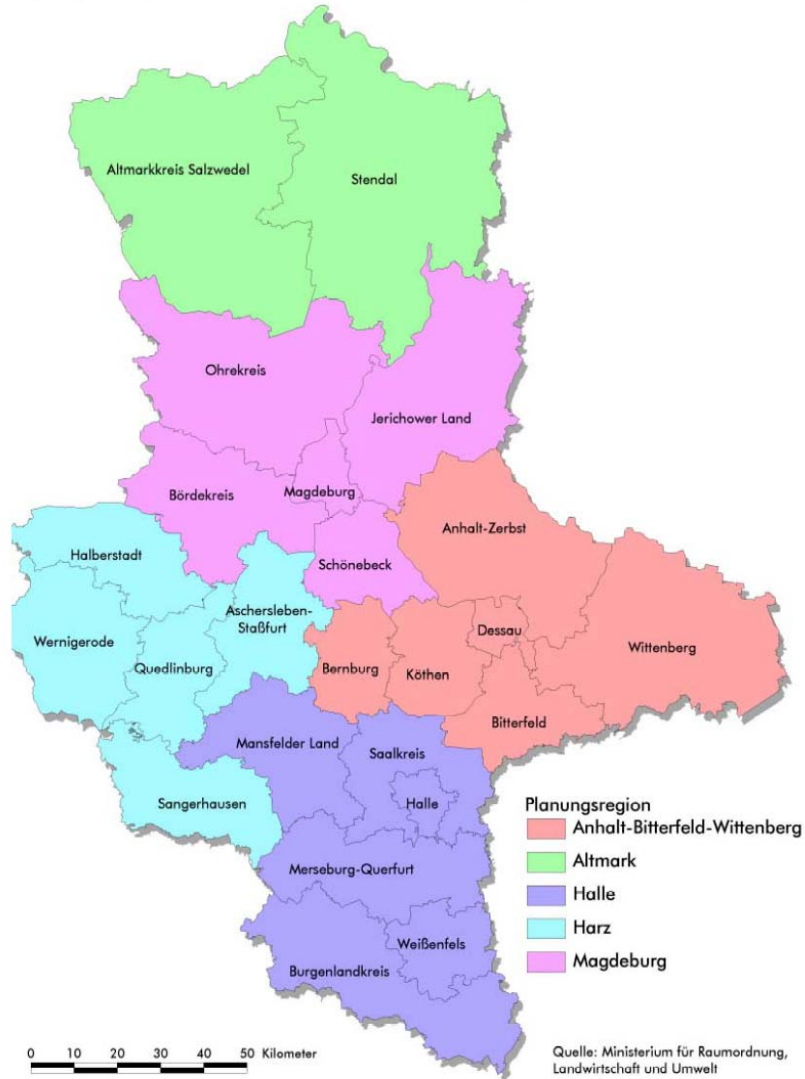
Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt

- **Gesetz über den Landesentwicklungsplan** vom 23. 8. 1998, (vor Einführung der Pflicht zur Umweltprüfung zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. 8. 2005 (GVBl. LSA S. 550))
- **Änderungsbeschluss**, Bekanntmachung vom 15. 8. 2006: Streichung des Schienenstrecken-abschnitts Calbe (Saale) West bis Güsten
- **Vorprüfung des Einzelfalls**: keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten, deshalb keine Umweltprüfung
- **Verfahren abgeschlossen** durch Gesetz vom 5. 7. 2007 (GVBl. LSA S. 214)

Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt (2)

- **Fortschreibung eingeleitet:** Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten vom 5. 9. 2006
- Das Verfahren schließt eine Umweltprüfung ein.

Karte 1.1-1
Planungsregionen in Sachsen-Anhalt
(gemäß § 17 Landesplanungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 28.04.1998)



Regionale Entwicklungspläne

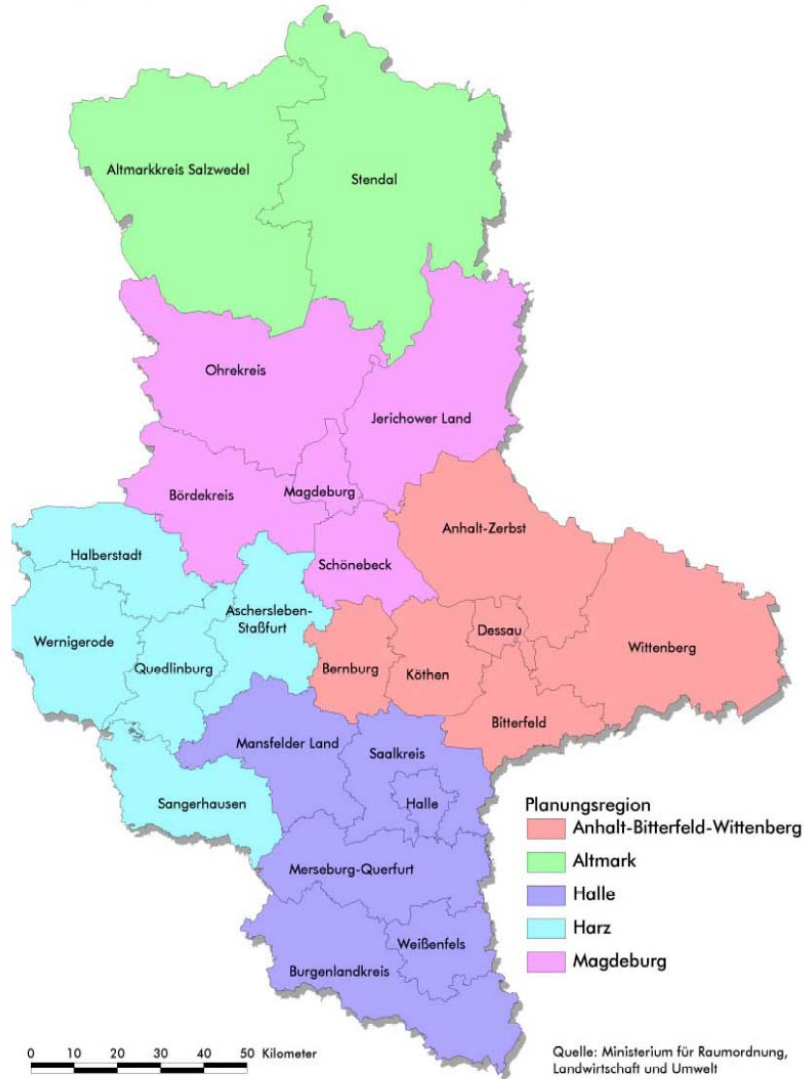
Zuständig:
Regionale Planungs-
gemeinschaften

- Altmark
- Anhalt-Bitterfeld-
Wittenberg
- Halle
- Harz
- Magdeburg

Regionalplanung in Sachsen-Anhalt

- **Altmark:** Regionaler Entwicklungsplan vom Dezember 2004, 1. Änderungsentwurf mit Umweltbericht (1. Entwurf) vom Juni 2006,
- **Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg:** Regionaler Entwicklungsplan vom Oktober 2005,
- **Halle:** Regionaler Entwicklungsplan, 2. Entwurf, mit Umweltbericht vom Dezember 2006,
- **Harz:** Regionaler Entwicklungsplan, 2. Entwurf, mit Umweltbericht vom Januar 2007,
- **Magdeburg:** Regionaler Entwicklungsplan vom Mai 2006

Karte 1.1-1
Planungsregionen in Sachsen-Anhalt
(gemäß § 17 Landesplanungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 28.04.1998)



Regionale Teilgebiets- entwicklungspläne

Zuständig:
Regionale Planungs-
gemeinschaften

(zur Zeit wohl keine
laufenden Planungs-
verfahren mit
Umweltprüfung)

Fazit

1. Auf Bundesebene ist die Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG weitgehend abgeschlossen.
2. In Sachsen-Anhalt ist bisher das **Landesplanungsgesetz** an die Anforderungen der Richtlinie angepasst worden.
 - Es schreibt eine Umweltprüfung im Grundsatz für alle Raumordnungspläne vor und regelt
 - das **Prüfverfahren**,
 - den **Inhalt des Umweltberichts**,
 - die **Berücksichtigung der Prüfergebnisse** bei der Entscheidung,
 - die Möglichkeit der Abschichtung und
 - das **Monitoring**.

Fazit (2)

- Im Verfahren kommt vor allem dem **Scoping-Prozess** wichtige Bedeutung zu.
- Inhaltliche Fragen (z.B. die Untersuchungstiefe) lassen sich kaum pauschal beantworten, sondern wohl nur im einzelnen Planungsprozess klären.
- und Erfahrungen mit der Umweltprüfung in der Regionalplanung – vor allem mit Umweltberichten – liegen in den Planungsregionen **Altmark**, **Halle** und **Harz** vor.
- Das gegenwärtig laufende Verfahren zur **Fortschreibung des Landesentwicklungsplans** schließt ebenfalls eine Umweltprüfung ein.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

thomas.bunge@uba.de

www.umweltbundesamt.de